

Mitteilungen

des

Oberösterreichischen Landesarchivs

19. Band



Linz 2000

INHALT

Vorträge der Enquete "Nationale Frage und Vertreibung der Deutschen in der Tschechoslowakei. Fakten, Forschungen, Perspektiven aus dem Abstand von 50 Jahren" 7-175

Vorwort 5

Eröffnungsrede des Landeshauptmannes Dr. Josef Pühringer 7

Historische Perspektiven zur Vertreibung der Deutschen
aus der Tschechoslowakei
Von Richard G. P l a s c h k a u. Arnold S u p p a n ... 13

Tschechen und Deutsche im neuen Staat: Ein Anfang mit
mehreren Enden
Von Friedrich P r i n z 37

Die Vertreibung der Deutschen aus der Sicht der
innerstaatlichen Rechtsordnung
Von Helmut S l a p n i c k a 55

Die Vertreibung der Deutschen aus der Sicht des Völkerrechts
und der Menschenrechte
Von Dieter B l u m e n w i t z 77

Zum Wissensstand über die Vertreibung der Sudetendeutschen
Von Emilia H r a b o v e c 99

Von der "nationalen" zur "sozialen" Revolution:
Die Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der
Tschechoslowakei und der Februar-Sieg der Kommunisten
Von Jaroslav K u č e r a 123

Die Situation der sudetendeutschen Flüchtlinge in Oberösterreich seit 1945 Von Brunhilde Scheuringer	141
<i>Allgemeine Aufsätze</i>	177-400
Maß und Gewicht in Johannes Keplers 'Messekunst Archimedis' (1616). Metrische Kommentare zur Maßgeschichte von Linz und Oberösterreich Von Harald Witthöft	177
Aspekte sowjetischer Kriegsgefangenschaft 1941-1956. Dokumen- tiert am Beispiel oberösterreichischer Gefangener Von Felix Schneider	231
Die Villen "Neu-Jerusalems". Die Arisierung von Immobilieneigen- tum am Beispiel des Kurortes Bad Ischl Von Jutta Hangler	259
Das "Gauarchiv Oberdonau". Aufbau und Zerstörung des Parteiar- chivs der NSDAP Oberdonau Von Gerhart Markh Gott	297
"Euthanasieanstalt" Hartheim und Reichsgau Oberdonau. Involvie- rung von Verwaltungs- und Parteidienststellen des Reichsgaues Oberdonau in das Euthanasieprogramm Von Josef Goldberger	359
Zum Gedenken an Hans Sturmberger	401
Verzeichnis der Rezensionen	407
Rezensionen	409
Verzeichnis der Mitarbeiter	454

Bis Mai 1945 war eine vollständige Eigentumsübertragung nur noch bei sieben der 98 als jüdisch definierten Liegenschaften nicht abgeschlossen. Die Immobilie zweier jüdischer ungarischer Staatsangehöriger, welche die Unterzeichnung eines Kaufvertrags über das ungarische Generalkonsulat in Wien abgelehnt hatten¹³³, standen spätestens ab Februar 1939 unter der Verwaltung des örtlichen VJB-Beauftragten.¹³⁴ Gegen die Übertragung des Drittelanteils einer anderen Villa in der Frauengasse an den arischen Ehemann einer sogenannten Jüdin legte die NSDAP-Ortsgruppe am Wohnort mehrmals Einspruch ein. Das Abdrängen der jüdischen Bevölkerung aus Bad Ischl zielte, wie bereits oben ausgeführt, auch auf "Mischlinge" ab, die nach dem Reichsbürgergesetz nicht mit Juden gleichgestellt wurden. Die Liegenschaftshälfte eines sogenannten Mischlings war vom VJB-Beauftragten als jüdisch erfasst worden, eine Übertragung erfolgte jedoch nicht.¹³⁵ Aus einigen Quellen geht hervor, dass auch arisch definierte Verwandte von Juden in Bad Ischl nicht gerne gesehen waren. Insbesondere die arischen Ehefrauen jüdischer Männer unterlagen den lokalen Ausgrenzungsmaßnahmen.¹³⁶ Die Liegenschaft einer arischen Eigentümerin wurde in einer "Liste der jüdischen Besitzungen von Bad Ischl nach dem Stand vom ersten Mai 1939" unter dem Namen ihres Ehemanns als jüdisch geführt.¹³⁷ Während der Exilzeit verwaltete der Vater dieser Eigentümerin die Immobilie.¹³⁸ Zwei Liegenschaften und ein Liegenschaftsanteil einer anderen, ortsansässigen Arierin, die mit ihrem jüdischen Ehemann emigriert war, standen unter der Abwesenheitspflegschaft Dr. Anton Zimmermanns.¹³⁹

1943).

¹³³ OÖLA, Landesregierung / Arisierungsakten, Sch. 2.

¹³⁴ OÖLA, Landesregierung / Arisierungsakten, Sch. 36 (Liste der jüdischen Hausbesitzer in Bad Ischl am 28. 2. 1939).

¹³⁵ OÖLA, Landesregierung / Arisierungsakten, Sch. 36 (Verzeichnis jüdischer Liegenschaften in Bad Ischl nach dem Stand von ersten Mai 1939).

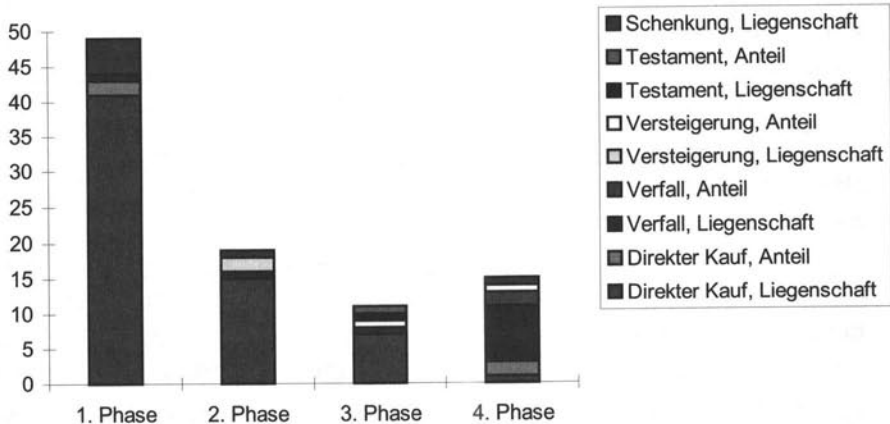
¹³⁶ Vgl. OÖLA, Landesregierung / Arisierungsakten, Sch. 23 u. 34.

¹³⁷ OÖLA, Landesregierung / Arisierungsakten, Sch. 36.

¹³⁸ OÖLA, Landesregierung / Arisierungsakten, Sch. 9.

¹³⁹ Deutschen Reichsanzeiger und Preußischer Reichsantzeiger, Nr. 231 3. 10. 1941

Vier Phasen der "Arisierung" von Liegenschaften in Bad Ischl (1938 - 1945)



Quellen: OÖLA, Oberfinanzpräsidium Linz
Arisierungsakten, Landesregierung Arisierungsak-
ten, Landesregierung Vermögensakten, Landesre-
gierung Vermögenssicherung, Bezirkshauptmann-
schaft Gmunden Politische Akten, Bezirkshaupt-
mannschaft Gmunden RK-Akten Rückstellungen
1946-1947, FIRK in FIN; Bezirksgericht Bad
Ischl, Grundbuch (BSR)

Die Rückstellungen im Überblick

Die Rückführung jener Vermögenswerte, die unter den Rahmenbedingungen der nationalsozialistischen Gesetzgebung entzogen bzw. scheinbar legal übertragen wurden, planten die Alliierten bereits in der Londoner Deklaration vom Jänner 1943.¹⁴⁰ Die Umsetzung wurde im Artikel 26 des österreichischen Staatsvertrags festgeschrieben.¹⁴¹ Die Verabschiedung der dazu notwendigen Gesetze

¹⁴⁰ Robert Knight, "Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen", Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945-1952 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt/M. 1988, S. 263

¹⁴¹ Ebd. S. 286f.

durch die österreichische Regierung geschah einerseits unter Rücksichtnahme auf das Ansehen Österreichs im Ausland, andererseits im Bewusstsein der Regierung, dass Österreich selbst Opfer des Nationalsozialismus gewesen sei.¹⁴² Beispielsweise führte ein Gesetzeskommentar 1947 bezüglich geleisteter Reichsfluchtsteuer und Judenvermögensabgabe aus: "Österreich muß einer Refundierung dieser nicht ihm, sondern dem Deutschen Reich zugeflossenen Abgaben ablehnen; soweit sie nicht eingehoben und bücherlich sichergestellt sind, will es aber aus nationalsozialistischem Unrecht keinen Nutzen ziehen".¹⁴³

Die Basis der Rückstellung entzogenen Vermögens bildeten das "Gesetz über die Erfassung arisierter und anderer im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtübernahme entzogenen Vermögensschaften" vom Mai 1945¹⁴⁴ und das "Bundesgesetz über die Nichtigerklärung von Vermögensübertragungen, die während der deutschen Besetzung Österreichs erfolgt sind" vom Mai 1946.¹⁴⁵ Die Umsetzung der Erfassung betroffener Vermögenswerte erfolgte erst im September 1946 mit der "Vermögensentziehung Anmeldeverordnung", die den ehemaligen Eigentümern und den Erwerbern während bzw. nach der nationalsozialistischen Regierungszeit eine Anmeldung ermöglichte beziehungsweise vorschrieb.¹⁴⁶ Bei einer Unterlassung der Anmeldung auf der sogenannten Ariseursseite drohte der Gesetzgeber den Erwerbern mit Gefängnisstrafe bis zu zehn Jahren.¹⁴⁷ Für den Bereich Bad Ischl erfolgte die Anmeldung solcher Vermögenswerte direkt bei der Bezirkshauptmannschaft Gmunden.¹⁴⁸

In der Folge waren für Rückstellungsverfahren betreffend Liegenschaftseigentum drei sogenannte Rückstellungsgesetze entschei-

¹⁴² Vgl. Brigitte Bailer, "Ohne den Staat weiter damit zu belasten...". Bemerkungen zur österreichischen Rückstellungsgesetzgebung, in: Zeitgeschichte, 20. Jg.(1993), Heft 11/12, S. 367-381.

¹⁴³ Ludwig Viktor Heller, Wilhelm Rauscher, Rudolf Baumann, Verwaltergesetz – Rückgabegesetz – Zweites und Drittes Rückstellungsgesetz, Wien 1947, S. 222f.

¹⁴⁴ StGBI Nr. 10/1945.

¹⁴⁵ BGBl.Nr. 106/1946.

¹⁴⁶ BGBl. Nr. 166/1946.

¹⁴⁷ StGBI Nr. 10/1945.

¹⁴⁸ Vgl. OÖLA, Landesregierung / Vermögensakten / Vermögensrückstellungen Bezirk Gmunden.

dend. Das Erste Rückstellungsgesetz vom Juli 1946¹⁴⁹ betraf von Bundes- bzw. Landesbehörden für das vormalige Deutsche Reich verwaltete Vermögenswerte. Diesbezügliches Eigentum war dem Deutschen Reich als "volks- oder staatsfeindlich" nach der elften oder der 13. VO zum Reichsbürgergesetz verfallen.¹⁵⁰ Nach dem aktuellen Forschungsstand sind bei 74 Immobilien der 96 von Arisierungsmaßnahmen betroffenen Liegenschaften in Bad Ischl Rückstellungsverfahren eingeleitet worden.¹⁵¹ Fünf Liegenschaften und je zwei Anteile zweier Immobilien wurden nach dem ersten Rückstellungsgesetz den ehemaligen Eigentümern oder ihren Erben zurückgegeben. Alle diese Vermögenswerte waren in der vierten Phase dem Deutschen Reich verfallen und nicht mehr an Dritte weiter veräußert worden. Beispielsweise führte die Finanzlandesdirektion zu einer Liegenschaft, die nach der 11. VO zum Reichsbürgergesetz eingezogen worden war, im Bescheid aus: "Da die vor dem 27. 4. 1945 aufgelaufenen Erträge vom Oberfinanzpräsidenten Oberdonau restlos an das Deutsche Reich abgeführt wurden, kommen für die Rückstellung nur die nach diesem Zeitpunkt aufgelaufenen Nettoerträge in Betracht".¹⁵²

Im Fall einer Bad Ischler Liegenschaft, die nach Antragstellung im Mai 1947 einer britischen Emigrantin zurückgeführt werden sollte, begründete die Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland die Verzögerung folgendermaßen: "Das Rückstellungsverfahren kann in absehbarer Zeit nicht beendet werden, da Frau [M.] trotz wiederholter Aufforderung keinen in Österreich

¹⁴⁹ BGBl. Nr. 156/1946.

¹⁵⁰ Ludwig Viktor Heller, Wilhelm Rauscher, Rudolf Baumann, Gesetz über die Erfassung arisierter und anderer entzogener Vermögenswerte, Vermögensentziehungs-Anmeldeverordnung, Nichtigkeitsgesetz, Erster Rückstellungsgesetz samt Durchführungsverordnung, Verwaltergesetz mit erläuternden Bemerkungen, Wien 1946, S. 52f.; Heller, Rauscher, Baumann, Zweites und Drittes Rückstellungsgesetz, S. 107ff.

¹⁵¹ Für sechs Liegenschaften konnten Rückstellungsverfahren im Hauptquellenbestand der Untersuchung, der im Oberösterreichischen Landesarchiv erliegt, nicht nachgewiesen, aber auch nicht ausgeschlossen werden. Bei drei Liegenschaften kann die Einleitung eines Rückstellungsverfahrens durch den Bestand Susanne Rolineks aus dem Grundbuch Bad Ischl ausgeschlossen werden. Sieben Liegenschaften wurden an Familienmitglieder geschenkt oder im Zuge einer Einantwortungsurkunde vererbt.

¹⁵² OÖLA, FLD 5011 (Rückstellungsbescheid der Finanzlandesdirektion Oberösterreich vom 14.2.1949).

wohnhaften Vertreter bevollmächtigt hat und dadurch das Ermittlungsverfahren erschwert".¹⁵³ Tatsächlich hatte die Eigentümerin zehn Monate nach Antragstellung dem mit der Rückstellung betrauten Wiener Rechtsanwalt die Vollmacht entzogen. Über die Notwendigkeit eines Verfahrens zeigte sich die Eigentümerin im Briefwechsel mit den Finanzbehörden überrascht: "Wir sind nun überhaupt erstaunt, daß die Villa Freya beschlagnahmt war, da wir, meine Mama [...] und ich [...] und meine Tochter Dorothea auch nach Nürnberger Gesetzen arisch waren".¹⁵⁴ Die Eigentümerin, nach den Arisierungsakten sogenannter Mischling ersten Grades, hatte die Immobilie von ihrem in den Arisierungsakten als "jüdisch" geführten Vater nach seinem Tod im September 1939 geerbt. Im Zuge einer Bitte des Wiener Gauwirtschaftsberaters an seinen oberösterreichischen Kollegen, nach einem Landhaus für einen "der prominentesten deutschen Künstler in den Alpen- und Donaugauen" zu suchen,¹⁵⁵ hatte die Geheime Staatspolizei in Wien die Liegenschaft als "volks- und staatsfeindlich" beschlagnahmt.¹⁵⁶ Die Rückstellung an die Emigrantin erfolgte letztlich mit Bescheid im April 1952.¹⁵⁷

Das zweite Rückstellungsgesetz wandte sich an den österreichischen Staat als Erwerber entzogenen Vermögens. In solchen Fällen waren (österreichische) Gesetze, die schon vor dem "Anschluß" gegolten hatten, Grundlage des Vermögensentzugs.¹⁵⁸ Beispielsweise wurde die Villa in Bad Ischl, die von der Standarte 37 innerhalb der Schutzstaffel (SS) seit März 1938 als Vereinslokal genutzt worden war, nach dem zweiten Rückstellungsgesetz an den in die Vereinigten Staaten emigrierten vormaligen Eigentümer zurückzugeben. Die NSDAP hatte die Liegenschaft nach der Entziehung als "volks- und staatsfeindliches" Vermögen mittels Kaufvertrag, also auf der

¹⁵³ OÖLA, FLD 5015 (Schreiben der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und das Burgenland an die oberösterreichische Finanzlandesdirektion bezüglich VR-V 6944/49 am 8.3.1950).

¹⁵⁴ OÖLA, FLD 5015 (Brief von L.M. und E. S. vom 3. 8. 1948).

¹⁵⁵ OÖLA, Landesregierung / Arisierungsakten, Sch. 28 (Schreiben des Wiener Gauwirtschaftsberaters Dr. Dubowsky an Regierungsrat Katzwendel vom 24. Dezember 1942).

¹⁵⁶ OÖLA FLD 5015 (Schreiben der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien, an den Oberfinanzpräsidenten in Oberdonau, Linz, am 28. Juli 1943).

¹⁵⁷ OÖLA, FLD 5015.

¹⁵⁸ BGBl. Nr. 53/1947.

Grundlage der österreichischen Gesetzgebung, im November 1943 erworben.¹⁵⁹ Die Rückstellung erfolgte durch die zuständige Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland mit Bescheid im Dezember 1947.¹⁶⁰ Auch der Grundbuchkörper des Gutes Engleiten, der aus vier Liegenschaften bestand, wurde nach dem zweiten Rückstellungsgesetz an die Eigentümerin zurückerstattet. Die Immobilie war 1938 vom Land Oberösterreich gekauft und später an den "NS-Lehrerbund Bayreuth" weiter veräußert worden. Jeweils mit Bescheid sprachen die Finanzlandesdirektion im Februar 1949 und das Bundesministerium für Finanzen im Februar 1959 die Liegenschaften der Eigentümerin wieder zu. Ein Vergleichserkenntnis der Finanzlandesdirektion vom Februar 1959 legte die Rückstellungsbedingungen wie die Rückerstattung des Kaufpreises und der Investitionen, die Übernahme von Pfandrechten und Gerichtsgebühren fest.¹⁶¹

Entzogene oder scheinlegal übertragene Vermögenswerte, die im Eigentum Privater standen, behandelte das Dritte Rückstellungsgesetz vom Februar 1947.¹⁶² In der Kontroverse zwischen der Gesetzgebung und den Interessensverbänden auf Opferseite ging es um die in den Entwürfen geforderte Verpflichtung der Opfer, dem privaten Vermögenserwerber den Kaufpreis zurückzuzahlen¹⁶³ und um die auf Opferseite geforderte Schaffung eines "Wiedergutmachungsfonds" aus erblosem Vermögen.¹⁶⁴ Die Gegenleistung durch die Opfer wurde schließlich in den Gesetzesbestimmungen eingeschränkt.¹⁶⁵ Die Regelung bezüglich des "erblosen Vermögens" schob der Gesetzgeber

¹⁵⁹ Bezirksgericht Bad Ischl, Grundbuch (BSR).

¹⁶⁰ OÖLA, BH Gmunden Nr. 306 / RK-Akten Rückstellungen 1946-1947 (Rückstellungsbescheid Finanzlandesdirektion Wien, Niederösterreich u. Burgenland vom 3. Dezember 1947).

¹⁶¹ OÖLA, BH Gmunden Nr. 306 / RK-Akten Rückstellungen 1946-1947 (Vergleichsausfertigung der Finanzlandesdirektion für Oberösterreich in Linz vom 2. 2. 1959, Zl. 25/64-IV VR-1959.)

¹⁶² BGBl. Nr. 54/1947.

¹⁶³ Bailer, Rückstellungsgesetzgebung, S. 370.

¹⁶⁴ Die Bemühungen der Sammelstelle A (Angehörige der Israelitischen Kultusgemeinde mit 31. 12. 1937) und der Sammelstelle B (politisch Verfolgte) um die Rückstellung des erblosen Vermögens hat Walch bereits 1971 eingehend untersucht. Dietmar Walch, Die jüdischen Bemühungen um die materielle Wiedergutmachungen durch die Republik Österreich, Wien 1971.

¹⁶⁵ §6 Abs. (1), BGBl. Nr. 54/1947.

bis zum Erlass des "Auffangorganisationsgesetzes" im Jahr 1957 hinaus. Dieses Gesetz ermöglichte, bei den zwei eingerichteten Sammelstellen A und B innerhalb einer vom Gesetzgeber festgelegten Frist Anträge auf Rückstellung zu stellen, wenn das Opfer weder gesetzliche Erben noch ein Testament hinterlassen hatte. Das in Österreich verbliebene, erblose Vermögen wurde in einen Fonds einbezahlt, woraus politische und bekennend jüdische Verfolgte des Nationalsozialismus regelmäßige Unterstützungen erhielten.¹⁶⁶ In Bad Ischl beantragte die Sammelstelle A, die für das sogenannte erblose Vermögen verstorbener Angehöriger der Israelitischen Kultusgemeinde zuständig war, nach dem aktuellen Erhebungsstand nur für eine Liegenschaft die Rückstellung. Durch einen Verkauf über einen jüdischen Konsulenten war die Immobilie in der dritten Phase entjudet worden. Der Einleitung eines Rückstellungsverfahrens im Jahr 1961 folgte 1963 ein Vergleich nach dem dritten Rückstellungsgesetz. Die Erben der Ariseurin wurden mittels Kaufvertrag vom März 1964 wieder als Eigentümer der Liegenschaft ins Grundbuch eingetragen.¹⁶⁷

Nach der Umsetzung des Dritten Rückstellungsgesetzes verlagerte sich die Kontroverse auf die Praxis der Rückstellungskommissionen, welche die Ermessensspielräume einzelner Bestimmungen völlig zugunsten der Ariseure, d. h. der Erwerber, ausschöpften. Dabei bezogen sich die Rückstellungskommissionen auf Formulierungen wie "Redlichkeit des Erwerbs"¹⁶⁸ aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch¹⁶⁹ oder die Rückerstattung der Kaufsumme aus dem Kaufpreis, die dem Opfer zur "freien Verfügung"¹⁷⁰ stand. In der Arisierungspraxis waren vom Kaufpreis im Regelfall die Entjudungsaufgabe sowie ausständige "Reichsfluchtsteuer"- und "Judenvermögensabgabe"-Forderungen abgezogen worden. Der Rest war auf ein Sperr-

¹⁶⁶ Vgl. §2 Abs. (4), BGBl. Nr. 54/1947; BGBl. Nr. 73/1957.

¹⁶⁷ Bezirksgericht Bad Ischl, Grundbuch (BSR).

¹⁶⁸ Die Einführung der "Redlichkeit des Erwerbs" auch für Erstkäufer einer jüdisch definierten Liegenschaft resultiert aus der Identifikation des Gesetzgebers als "Opfer" des Nationalsozialismus. vgl. Georg Graf, Arisierung und keine Wiedergutmachung. Kritische Anmerkungen zur jüngeren österreichischen Rechtsgeschichte, in: Peter Muhr (Hrsg.), Philosophie, Psychoanalyse, Emigration, Festschrift für Kurt Rudolf Fischer zum 70. Geburtstag, Wien 1992, S. 72.

¹⁶⁹ §5 Abs. (2), BGBl. Nr. 54/1947.

¹⁷⁰ Ebd., §6 Abs. (1).

konto gelegt worden, das meist in der vierten Phase dem Deutschen Reich als "volks- oder staatsfeindliches" Vermögen oder nach der 11. oder 13. VO zum Reichsbürgergesetz verfallen war. Die Rechtsprechung fand in einem politischen Klima statt, das vom Buhlen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs um die Wählerstimmen der ehemaligen Nationalsozialisten bestimmt war. In der Folge bedeutete das die Unterstützung von Forderungen der Ariseure wie Ansprüche auf bereits zurückgestelltes Vermögen, die Unterlassung von Rückstellungen an im Ausland verbliebenen Emigranten oder eine Entschädigung in Härtefällen. Die Umsetzung diesbezüglicher Forderungen scheiterte in erster Linie am Einspruch der Alliierten.¹⁷¹

Nach dem aktuellen Forschungsstand sind bei 74 Immobilien der 96 von Arisierungsmaßnahmen betroffenen Liegenschaften in Bad Ischl Rückstellungsverfahren eingeleitet worden. Bezüglich 80 Prozent dieser Immobilien sind Erkenntnisse, Teilerkenntnisse, Vergleiche oder Rückstellungsübereinkünfte auf der Grundlage des dritten Rückstellungsgesetzes zu einzelnen Liegenschaften oder Anteilen geschlossen worden. Rückstellungsverfahren dauerten in der Regel lange und setzten sich aus mehreren Verhandlungen zusammen. Erkenntnisse und Teilerkenntnisse der Rückstellungskommission beim Landesgericht Linz beschränkten sich in der Regel auf die Anerkennung bzw. auf die Abweisung von Rückstellungsansprüchen und die Feststellung über die Redlichkeit oder Rechtmäßigkeit des Erwerbs.¹⁷² Wenn die Rückstellungskommission auf Seite des Ariseurs zumindest einen rechtmäßigen Erwerb bescheinigte, wurde in den meisten Fällen die Regelung gegenseitiger finanzieller Ansprüche wie Abfindungszahlungen, Gewinne aus der Vermietung, Investitionen und durch den arischen Käufer aufgenommene Pfandrechte auf Vergleichsverhandlungen zwischen den Streitparteien ausgelagert.¹⁷³

¹⁷¹ Bailer, Rückstellungsgesetzgebung, S. 371.

¹⁷² Als Voraussetzungen des redlichen Erwerbs galt nach dem Gesetz beispielsweise die Möglichkeit der freien Auswahl des Verkäufers, also ein direkter Vertragsabschluß ohne Treuhänder oder kommissarischen Verwalter. Als unredlich definierte der Gesetzgeber auch Veräußerungen, von denen der Erwerber vermuten mußte, daß der Eigentümer nur im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtübernahme verkaufen mußte. Vgl. Heller, Rauscher, Baumann, Zweites und Drittes Rückstellungsgesetz, S. 212f.

¹⁷³ Vgl. ebd., S. 228 f.

Zudem waren Liegenschaften teilweise getrennt und an verschiedene, nicht miteinander verwandte arische Private verkauft worden. Beispielsweise schloss eine jüdische Familie für einen Grundbuchkörper, der 1938 aus fünf Liegenschaften bestanden hatte, insgesamt elf Vergleiche ab.¹⁷⁴ Viele der emigrierten, eigentlichen Eigentümer bzw. ihre emigrierten Erben verzichteten in solchen Verfahren gegen eine relativ gering bemessene, finanzielle Entschädigung auf die Immobilie. Diese Entschädigung galt als Aufzahlung zum eigentlichen Kaufpreis, der wie oben ausgeführt in der Regel gänzlich dem Deutschen Reich verfallen war. Ein Gesetzeskommentar zum dritten Rückstellungsgesetz aus dem Jahre 1947 interpretierte die Zielsetzungen von Vergleichsverfahren so: "Das Gesetz begünstigt den Abschluß von Vergleichen, um die Wiedergutmachung möglichst schnell durchzuführen und die Rechtsunsicherheit zu beseitigen".¹⁷⁵

Das Land Oberösterreich hatte jede einzelne der 20 Liegenschaften bzw. der zwei Liegenschaftsanteile, deren Verkauf einzelne Akteure erzwungen hatten, an arische Private weiter veräußert. In der Folge von Rückstellungserkenntnissen und -vergleichen erstattete das Land Oberösterreich den Kaufpreis zurück. In einem diesbezüglichen Vergleich führte der oberösterreichische Landeshauptmann Dr. Gleißner neben zwei weiteren Mitgliedern der Landesregierung aus, "gemäß der Judikatur der Obersten Rückstellungskommission hat das Land Oberösterreich für durch den Reichsgau Oberdonau bzw. das Land Oberdonau vorgenommene Entziehungshandlungen zu haften".¹⁷⁶

In wenigen Fällen wurden Rückstellungsanträge von jüdischen Eigentümern oder ihren Erben gänzlich abgewiesen.¹⁷⁷ Die Rückgabe

¹⁷⁴ OÖLA, Landesregierung / Vermögensakten / Vermögensrückstellungen Bezirk Gmunden, Sch. 4

¹⁷⁵ Vgl. Heller, Rauscher, Baumann, Zweites und Drittes Rückstellungsgesetz, S. 228.

¹⁷⁶ OÖLA, BH Gmunden Nr. 306 / RK-Akten Rückstellungen 1946-1947 (Vergleichsausfertigung zwischen dem vormaligen Käufer und dem Land Oberösterreich am 30.5.1951); vgl. OÖLA, BH Gmunden Nr. 306 / RK-Akten Rückstellungen 1946-1947 (Vergleichsausfertigung der Rückstellungskommission beim Landesgericht Linz am 26. 10. 1951, Rk 54/513); OÖLA, BH Gmunden Nr. 306 / RK-Akten Rückstellungen 1946-1947 (Vergleichsausfertigung der Rückstellungskommission beim Landesgericht Linz, am 7 März 1951, Rk 28/513).

¹⁷⁷ Vgl. OÖLA, Landesregierung / Vermögensakten / Vermögensrückstellungen Bezirk Gmunden, Sch. 4 (Erkenntnis der Rückstellungskommission Linz vom

eines nach dem Verkauf abgetrennten Grundstücks verweigerte die Rückstellungskommission beim Landesgericht in Linz mit folgender Begründung: "Der Kaufvertrag v. 19. 7. 1939 über das Grundstück [...] ist als Vermögensentziehung zwar RICHTIG, die Rückstellung des gekauften Grundes jedoch wegen wirtschaftlicher Umgestaltung NICHT TUNLICH".¹⁷⁸ Auf dem Grundstück waren Bauwerke errichtet worden. Die Erben einer jüdischen Bad Ischler Kaufmannsfamilie legten Einspruch bei der nächsten Instanz, der Rückstellungsoberkommission beim Oberlandesgericht, ein. Dieses Sondergericht¹⁷⁹ wies den Einspruch ab: "Im Falle der Rückversetzung in den vorigen Stand müßten diese Bauten entfernt werden, was einen bedeutenden allgemeinen wirtschaftlichen Verlust darstellen würde, zumal die Werkstätte und auch der Zaun auf Betonfundamenten stehen".¹⁸⁰

In seltenen Fällen schlossen ehemalige Eigentümer und Ariseure "Rückstellungsverträge" ohne Befassung der Rückstellungskommission ab. Insbesondere eine Übereinkunft sticht aus der üblichen Vergleichspraxis heraus, weil die Erwartungen der Vertragsparteien über die Zugeständnisse der österreichischen Regierung zum Zeitpunkt des Abschlusses hinaus reichten: "Frau [A. H., Opfer] verpflichtet sich, Herrn [E. J. W.; Ariseur] den Betrag von RM 17.500,- [Anmerkung: geleisteter Kaufpreis] und RM 5.000,- [Anmerkung: vom Ariseur bezahlte Rate der Judenvermögensabgabe] ist gleich S 22.500,- rückzuvergüten und zwar im Rahmen der Wiedergutmachung; das heißt, in dem Moment, in welchem Frau [A. H.] im Zuge der Wiedergutmachung diesen Betrag ausbezahlt erhält, hat sie die Verpflichtung, diesen Betrag an Herrn [E. J. W.] zur Auszahlung zu

20.5.1948, Rk 154/47 9).

¹⁷⁸ OÖLA, BH Gmunden Nr. 306 / RK-Akten Rückstellungen 1946-1947 (Erkenntnis der Rückstellungskommission beim Landesgericht Linz vom 15.6.1948, Rk 309/47/6).

¹⁷⁹ Da die Genehmigung zur Einsicht des Bestandes Sondergerichte / Landesgericht erst nach dem Erhebungszeitraum gegeben wurde, konnte dieser Bestand nicht näher untersucht werden.

¹⁸⁰ OÖLA, Landesgericht, Sondergerichte, Sch. 608 (Beschuß der Rückstellungsoberkommission beim Oberlandesgericht vom 29. Oktober 1948, Rk 309/47 /10).

bringen".¹⁸¹ Die Liegenschaft war 1939 direkt von der Verkäuferin veräußert worden. Der Rückübergabevertrag wurde als Dokument für die Rückstellung in das Grundbuch aufgenommen.¹⁸²

Insbesondere für Emigranten schränkten die unterschiedlichen Verfahrenswege die Erfolgchancen ihrer Eingaben ein. Die Rückstellungsverfahren bezogen sich auf den aktuellen Besitzstand und nicht auf den Eigentümer im März 1938. Beispielsweise beantragte ein amerikanischer Emigrant die Rückstellung einer Villa, die in der dritten Phase über einen Treuhänder auf der Rechtsgrundlage der Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 an ein arisches Welser Ehepaar veräußert worden war. Die Eigentümer waren von der Fristsetzung für den Verkauf und die Einsetzung des Verkaufstreuhänders durch den "Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger" verständigt worden. Der Bescheid der Finanzlandesdirektion Linz vom Juni 1949 begründete die Abweisung schlichtweg mit einem Verfahrensfehler: Nach dem Besitzstand der Villa hätte eine Eingabe bei der zuständigen Rückstellungskommission nach dem dritten Rückstellungsgesetz und nicht bei der Finanzlandesdirektion nach dem ersten oder zweiten Rückstellungsgesetz erfolgen müssen.¹⁸³

Nach dem aktuellen Erhebungsstand sind in Bad Ischl bei drei Liegenschaften, die nicht auf testamentarischem Weg oder durch Schenkung an Familienmitglieder arisiert worden waren, keine Rückstellungsverfahren im Grundbuch angemerkt worden.¹⁸⁴ Bei weiteren zwei Liegenschaften sind nach dem zentralen Aktenbestand der Untersuchung im Oberösterreichischen Landesarchiv keine Hinweise auf die Einbringung von Rückstellungsanträgen zu finden. Im Falle eines ehemaligen Gasthauses wusste die Stadtgemeinde Bad

¹⁸¹ OÖLA, BH Gmunden Nr. 306/ RK-Akten Rückstellungen 1946-1947 (Rückübertragungsvertrag vom 29.7.1947).

¹⁸² Bezirksgericht Bad Ischl, Grundbuch (BSR).

¹⁸³ vgl. OÖLA, Landesregierung / Vermögensakten / Vermögensrückstellungen Bezirk Gmunden, Sch. 4 (Bescheid der Finanzlandesdirektion Linz vom 13. Juni 1949, Zl. 32/3 Ivb VR 1949) Dokumente bezüglich des weiteren Vorgehens zur Rückstellung sind im Hauptquellenbestand nicht enthalten.

¹⁸⁴ Bei einer weiteren Liegenschaft sind nach Erkundigung der Bezirkshauptmannschaft bis 1955 keine Rückstellungsanträge eingebracht worden, vgl. vgl. OÖLA, Landesregierung / Vermögensakten / Vermögensrückstellungen Bezirk Gmunden, Sch. 4 (Grundbuchsatzung).

Ischl der Bezirkshauptmannschaft Gmunden am 5. Juni 1956 über die Gründe unterlassener Rückstellungsanträge zu berichten: "In Bad Ischl sind noch die beiden Großnichten der [R.S.] und [M. W.] [...] anwesend. Auch von diesen wurde bis heute kein Rückstellungsantrag eingebracht. Die beiden sind finanziell nicht in der Lage, und zwar wegen des ungewissen Ausgangs eines eventuellen Prozesses, einen Antrag auf Rückstellung einzubringen".¹⁸⁵

Zusammenfassung

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das Arisierungsgeschehen nachhaltig von der lokalen Akteurskonstellation geprägt war. Neu geschaffene gesetzliche Maßnahmen wurden nur in wenigen Fällen angewendet, am ehesten noch in der vierten Phase nach dem Inkrafttreten der 11. VO zum Reichsbürgergesetz und nach den Novellierungen des Gesetzes zur Behandlung "volks- und staatsfeindlichen" Vermögens. Die Landesregierung, die sich überwiegend aus bodenständigen Funktionären der NSDAP zusammengesetzt hatte, verfolgte von Anfang an eine vollständige Entjudung aller in Oberösterreich befindlichen, jüdischen Vermögenswerte.¹⁸⁶ Diese Politik wurde von einzelnen regionalen Parteistellen tatkräftig unterstützt.

Nach 1945 verstand sich der österreichische Gesetzgeber als "Opfer des Nationalsozialismus". Zugunsten des Deutschen Reichs entzogene Vermögenswerte, die sich nicht mehr im Inland befanden, wurden nicht zurückgestellt. Das betraf beispielsweise geleistete "Reichsfluchtsteuer" und "Judenvermögensabgabe", entzogene Guthaben auf Sperrkonten ("Kaufschillingrest") oder dem Reich verfallene Erträge aus Vermietung. Die Verfahren der Rückstellungskommissionen begünstigten Vergleiche, die den Opfern entweder geringe Entschädigungen für den Verzicht auf Rückstellung zuerkannten

¹⁸⁵ OÖLA, Landesregierung, Vermögensakten, Vermögensrückstellungen Bezirk Gmunden Schachtel 4

¹⁸⁶ Diese Zielsetzung war überdeutlich auch in anderen Fällen zur "Entjudung" der oberösterreichischen Wirtschaft sichtbar. Vgl. dazu John, Modell.

oder hohe finanzielle Belastungen im Falle der Rückstellung einer Liegenschaft abverlangten.

Nichtsdestoweniger wies die Oberste Rückstellungskommission beim Obersten Gerichtshof die Verantwortung für Liegenschaftsankäufe, die im Jahr 1938 vom Gau Oberdonau erzwungen worden waren, dem Land Oberösterreich als Rechtsnachfolger, zu.